

## **Abschließender Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe „Die Berliner Universität unter dem Hakenkreuz“**

### **Teil 1: Aktivitäten der Arbeitsgruppe 2002 – 2005**

#### **1) Auftrag**

Der Akademische Senat der Humboldt Universität zu Berlin hatte in seiner 140. Sitzung am 29. 1. 2005 unter dem Tagesordnungspunkt 5, „*Einrichtung einer Kommission, die dem Akademischen Senat Vorschläge für den öffentlichen Umgang mit den Verstrickungen der Universität in der NS-Vernichtungspolitik erarbeiten soll,*“ einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss AS 014/2002 gefasst:

- I. Der Akademische Senat und die Leitung der Humboldt-Universität Berlin bekennen sich zu ihrer historischen Verantwortung als Rechtsnachfolgerin der Friedrich-Wilhelms-Universität. Die Humboldt Universität hat den Anspruch, sich kritisch und offen mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen. Zu dieser Geschichte gehören auch die Verstrickungen der Universität in die NS-Vernichtungspolitik und die Versuche, diese wissenschaftlich zu fundieren, zum Beispiel bei der Mitwirkung beim sog. "Generalplan Ost". Zu der schuldhaften Einbindung gehört auch die Nutzung der NS-Justiz beim Neuaufbau der anatomischen Lehrobjektesammlung.*
- II. Der Akademische Senat hält es für notwendig, dass sich die Universität anlässlich des 60. Jahrestages der Erarbeitung des sog. "Generalplan Ost" sowohl in ihrer eigenen wissenschaftlichen Form mit diesem Teil ihrer Geschichte auseinander setzt, als auch eine angemessene Form des öffentlichen Gedenkens entwickelt.*
- III. Der Akademische Senat bildet eine Arbeitsgruppe, die Vorschläge für die Ehrung und den kritischen Umgang mit diesem Teil der Universitätsgeschichte erarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe erhält den Auftrag, für den "Generalplan Ost" und vergleichbare Vorgänge, z. B. die Genese der anatomischen Lehrsammlung, die beteiligten Fachwissenschaftler und die historische Fachkompetenz anzuhören, die offenen Fragen wissenschaftlich zu klären, ggfls. in universitätsöffentlichen Anhörungen oder einem wissenschaftlichen Symposium, und Vorschläge für die Formen und einen möglichen Ort des Gedenkens, z. B. einen Text für eine Erinnerungstafel, wissenschaftliche Arbeiten und andere Formen des Erinnerens zu erarbeiten.*
- IV. Der Arbeitsgruppe sollen je ein Mitglied pro Statusgruppe des Akademischen Senats, je ein Mitglied der betroffenen Fakultäten, Wissenschaftshistoriker, eine Vertreterin der "Stiftungsinitiative 10. Mai" und die Vizepräsidentin angehören.*

#### **2) Mitglieder**

Ständige Mitglieder der Arbeitsgruppe bis zum Abschluss der Arbeiten waren: Sabine Arend, Rüdiger vom Bruch, Wolfgang Höppner, Christoph Jahr, Ingo Loose, Steffen Rückl, Rebecca Schaarschmidt, Udo Schagen, Peter Th. Walther (seit 2004).

#### **3) Sitzungen**

Die Arbeitsgruppe hat in 26 Sitzungen folgende Themen behandelt:

03.05.2002: konstituierende Sitzung

23.05.2002: Endredaktion der Erklärung des Präsidenten am 28. Mai in der Gedenkveranstaltung der LGF zum 60. Jahrestag der Übergabe des „Generalplan Ost“

20.06.2002: Rekapitulation der Gedenkveranstaltung in der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät; Diskussion über weitere Selbstdefinition und Aufgaben der Arbeitsgruppe

24.07.2002: Fortsetzung der Diskussion über zukünftige Tätigkeitsfelder der AG (Projektturen, Ringvorlesung, Einbindung der Fakultäten)

10.10.2002: Fortsetzung der Diskussion über zukünftige Tätigkeitsfelder der AG; Planung einer Internetseite; Entwurf der Schreiben an die Dekane und Professoren

20.11.2002: Konkretisierung der Planung für die Ringvorlesung

- 11.12.2002: Fortsetzung der Planungen für die Ringvorlesung; Auswertung des Rücklaufs der Schreiben an die Dekane und Professoren
- 22.01.2003: Umbenennung der AG in: „Die Berliner Universität unter dem Hakenkreuz“; Fortsetzung der Planungen für die Ringvorlesung
- 12.02.2003: Umbenennung der AG in: „Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken.“; erste Überlegungen der AG für ein Konzept über Gedenkorke; Fortsetzung der Planungen für die Ringvorlesung
- 19.03.2003: Letzte Koordination der Ringvorlesung für das Sommersemester 03
- 04.06.2003: Diskussion über den Auftakt der Ringvorlesung und deren Fortführung im Wintersemester 03/04
- 02.07.2003: Konkretisierung der Planung für die Ringvorlesung im Wintersemester 03/04; Bibliographie auf der Homepage der AG
- 17.09.2003: Feinplanung für die Ringvorlesung (RV) im Wintersemester 03/04 und ihre Fortführung im Sommersemester 04; erste Überlegungen zur Publikation der RV-Beiträge
- 29.10.2003: Fortführung der Planung für die Ringvorlesung im Sommersemester 04 sowie das Abschlusskolloquium zu Gedenkformen
- 26.11.2003: Konkretisierung der Planung für die Ringvorlesung im Sommersemester 04; Steiner-Verlag Stuttgart gewährt äußerst günstige Konditionen für die Publikation der RV; weitere Planung des Abschlusskolloquiums zu Gedenkformen
- 09.12.2003: Intensive Diskussion der Formen öffentlichen Gedächtnisses (Gast: Prof. Kaschuba); Konkretisierung der Planung für die Ringvorlesung im Sommersemester 04
- 21.01.2004: Besprechung der formalen und inhaltlichen Vorgaben der RV-Publikation; Fortführung der Planung für die Ringvorlesung im Sommersemester 04
- 17.02.2004: Verabschiedung der Ringvorlesung im Sommersemester 2004; Publikation zur Ringvorlesung, Finanzierung; Vorbereitung des Abschlusskolloquiums
- 20.04.2004: Konzeption und Besetzung des Abschlusskolloquiums
- 26.05.2004: Weitere Planung des Abschlusskolloquiums
- 07.07.2004: Auswertung der Ringvorlesung des Sommersemester 04; Weitere Planung des Abschlusskolloquiums
- 16.12.2004: Weitere Planung des Abschlusskolloquiums; Schreiben an den Präsidenten mit Bitte um deutlichere Unterstützung der AG-Arbeit
- 13.01.2005: Letzte Koordination des Abschlusskolloquiums
- 07.02.2005: „Manöverkritik“ des Abschlusskolloquiums
- 10.03.2005: Diskussion über Struktur und Inhalt des Abschlußberichts an den Akademischen Senats, Aufgabenverteilung dafür
- 07.04.2005: Diskussion über den Entwurf des Abschlussberichts an den Akademischen Senats

#### 4) „Generalplan Ost“

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Überreichung einer ersten Fassung des „Generalplans Ost“ durch den Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Berliner Universität und Leiter der Planungshauptabteilung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Prof. Konrad Meyer, an den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, fand am 28. Mai 2002 an der heutigen Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät eine Gedenkveranstaltung statt. Erste Aufgabe der Arbeitsgruppe war die Formulierung einer Erklärung für den Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Jürgen Mlynek. Diese lautete:

*„Die Humboldt-Universität ist eine Universität mit Geschichte. Dieser Geschichte verdankt die Universität einen großen Teil ihres guten Namens, den sie heute überall in der Welt trägt.*

*Die Geschichte der Universität führt jedoch auch durch dunkle Kapitel, und die Beschäftigung mit diesen ist nicht selten schmerzhaft.*

*Die Auseinandersetzung mit der Rolle der Berliner Universität in der Zeit des Nationalsozialismus gehört zu den schwierigsten Aufgaben. Dennoch ist es unverzichtbar, dass wir uns dieser Auseinandersetzung stellen und den Geschehnissen dieser Zeit ins Auge sehen.*

*Zahlreiche Lehrende, Studierende und andere Mitarbeiter der Universität haben in den Jahren von 1933 bis 45 unter dem Regime zu leiden gehabt: sie waren Repressalien ausgesetzt, wurden ihrer akademischen Grade und Verdienste beraubt, mussten die Universität, häufig auch das Land verlassen oder verloren ihre Existenzgrundlage. Die große Mehrheit aber hatte sich mit dem Regime arrangiert und dadurch vielfach das Leid ihrer Kollegen mitverursacht. Manche aber setzten sich mit ihrer Arbeit auch an die Spitze der Bewegung und wurden zu aktiven Schmieden für die wahnwitzigen Weltherrschaftspläne der NS-Regierung.*

*Prof. Dr. Konrad Meyer war nur einer von diesen. Als er vor 60 Jahren das unter seiner Ägide entstandene Planwerk an den Reichsführer SS Heinrich Himmler überreichte, das wir heute den "Generalplan Ost" nennen, tat er das in seiner Funktion als Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Berliner Universität.*

*Der Verlauf des Krieges und letztlich der Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus verhinderten, dass die menschenverachtenden Pläne, die in diesem Werk formuliert sind, in die Tat umgesetzt werden konnten. Über den Holocaust hinaus zielten sie auf einen weiteren millionenfachen Völkermord in den besetzten Ostgebieten ab. Die ersten Umsetzungen in Polen nahmen mit Vertreibung und Mord unzähliger Menschen bereits katastrophale Formen an. Aus der Geschichte wissen wir, dass die NS-Regierung auch zur vollen Umsetzung auch dieser Pläne imstande gewesen wäre.*

*Die Verantwortung dafür ist uns ohne unser Zutun erspart geblieben.*

*Wenn ich an dieser Stelle "uns" sage, dann meine ich damit die ganze Humboldt-Universität als Nachfolgerin der Friedrich-Wilhelms-Universität.*

*Ein Verbrechen wie dieses ist aber keinesfalls nur einer einzelnen Person anzulasten. Auch nicht einer einzelnen Fakultät. Konrad Meyer benötigte den Rückhalt der ganzen Universität, um seine Aufgabe zu erfüllen.*

*Ich unterstütze sehr die Initiative der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, sich mit diesem Unrecht auseinander zu setzen und ich begrüße die Erklärung des Fakultätsrates, die Dekan Nagel vor wenigen Minuten verlesen hat.*

*Gleichzeitig bekenne ich mich in meiner Funktion als Präsident der Humboldt-Universität zu der gesamtuniversitären Verantwortung, die wir beim Generalplan Ost zu tragen haben.*

*Wir können sie heute nicht mehr sühnen, aber wir können uns ihrer bewusst werden und nicht aufhören, uns mit dem Thema zu beschäftigen und nach Wegen der Aufarbeitung zu suchen. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist eine Arbeitsgruppe, die sich auf Initiative der Studierenden und auf Beschluss des Akademischen Senates mit den Verstrickungen der Berliner Universität in die NS-Vernichtungspolitik beschäftigt. Sie bettet sich ein in andere Forschungs- und Ausstellungsprojekte.*

*Vor allem aber müssen wir uns unserer heutigen Verpflichtung bewusst sein:*

*Das kürzlich verabschiedete Leitbild der Humboldt-Universität bringt dies zum Ausdruck, wenn es daran erinnert, dass "Der Bezug der Humboldt-Universität auf ihre Tradition [...] auch im Bewusstsein ihrer schuldhaften Verstrickungen in die Politik (erfolgt). [...] Vor diesem Hintergrund versteht sich die Humboldt-Universität seit Beginn ihrer Selbsterneuerung im Jahre 1989 als eine Institution, die sich für kritische Distanz gegenüber politischer und gesellschaftlicher Macht entschieden hat. Sie wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung, Intoleranz und kultureller Selbstüberhöhung."*

Die Gedenkfeier fand unter großem Interesse der Öffentlichkeit und der Medien statt.

## **5) Umgang mit dem Arbeitsauftrag**

Schon die ersten Besprechungen der Arbeitsgruppe ergaben, dass der Stand der Aufarbeitung der Universitätsgeschichte - gerade im Vergleich mit vielen anderen Universitäten - nicht ausreichte, um daraus die erbetenen Vorschläge „für die Ehrung und den kritischen Umgang mit der Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus“ wissenschaftlich solide zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe entschloss sich daher, die einzelnen Fakultäten in die Vorbereitung einer Ringvorlesung mit einzubeziehen, in der zunächst der - noch große Lücken

aufweisende - Stand der Forschung für die wichtigen Disziplinen der Universität einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte. Die Veranstaltung stieß auf große Akzeptanz bei Studierenden und im Lehrkörper (s.u.).

Weiterhin fand die Forschungs- und Gedenkarbeit an der Humboldt-Universität in Gestalt eines Seminars der Professoren Borgolte und Helmuth zur Geschichte der Mediävistik im Nationalsozialismus sowie einer Übung von Prof. vom Bruch im Sommersemester 2004 zur Gedenkkultur auch Eingang in den Lehrbetrieb.

Die Voraussetzungen für diese Aktivitäten waren aufgrund fehlender Forschungsleistungen freilich – wie bereits erwähnt – schwierig. Wenn trotzdem einiges erreicht wurde, dann lag das nicht zuletzt an der vielfältigen Unterstützung, die wir seitens der Universitätsleitung auf formelle wie informelle Art erfahren haben. Durch das Engagement von Anke Michaelis als persönlicher Referentin der Vizepräsidentin für Internationales und Öffentlichkeitsarbeit, Frau Prof. Dr. Anne-Barbara Ischinger, war die Kommunikation mit der Universitätsleitung anfänglich sehr gut, wozu auch Susann Morgner als langjährige Pressesprecherin der Humboldt-Universität beigetragen hat. Leider hat sich diese positive Unterstützung nach dem Ausscheiden von Frau Michaelis und Frau Morgner nicht erhalten, so dass sich die Arbeitsgruppe zeitweise mit ihrer Aufgabe allein gelassen gefühlt hat. Um so mehr ist daher die kontinuierliche und erhebliche finanzielle Förderung durch die Humboldt-Universitäts-Gesellschaft hervorzuheben.

Doch trotz dieser Förderung und ungeachtet ihres großen Engagements gerieten die Mitglieder der Arbeitsgruppe bisweilen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Weniger das Treffen von Entscheidungen als deren Umsetzung beanspruchte viel Zeit, weil alle Beteiligten quasi im Nebenamt, parallel zu ihren sonstigen universitären Verpflichtungen tätig waren. Erschwerend kam die Fluktuation unter den Arbeitsgruppenmitgliedern hinzu, die nur dadurch kompensiert werden konnte, dass sich ein engagierter „harter Kern“ herausbildete. Dennoch blieb die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zufällig. Während einige Geisteswissenschaftler, die Agrarökonomie und die Medizin stets sehr gut repräsentiert waren, gelang die dauerhafte Einbindung der Naturwissenschaften und vieler anderer Fächer nur in sehr begrenztem Maße. Auch die Mitarbeit der Studierenden in der Arbeitsgruppe war leider gering und fiel mit dem Ausscheiden des studentischen Vertreters im Sommer 2003 vollständig weg. Für die Arbeitsgruppe erwächst daraus ein gewisses Legitimitätsproblem, denn für wen, außer für sich selbst, spricht sie letztlich? Auch war bisweilen ein Kommunikationsdefizit innerhalb der Universität spürbar – ein Problem, das zu überwinden für jedes zukünftige Forschungs- und Gedenkkonzept essentiell sein dürfte.

Die Tatsache, dass das Gedenken vehement von außen eingefordert wurde, ehe der Akademische Senat selbst offiziell reagierte, zeigt auch, dass es der Universität als Institution trotz der jahrzehntelangen und namentlich in der letzten Dekade enorm intensivierten Forschung über die Rolle der Wissenschaften und Universitäten im Nationalsozialismus noch immer an der notwendigen Sensibilität für den öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit zu mangeln scheint. Ein „gedenkpolitisches Frühwarnsystem“ in dieser Form ist eine nicht hinnehmbare Notlösung, wenn man bedenkt, dass erst vier Monate vor dem gegebenen Anlass eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen wurde und deren konstituierende Sitzung wiederum erst dreieinhalb Wochen vor dem Gedenkjubiläum stattfinden konnte. Ein solches System würde überflüssig sein, wenn die Reflexion der eigenen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Vergangenheit in den Disziplinen stärker verankert wäre.

Die inhaltliche Beschränkung der AG-Tätigkeit allein auf die zwölf Jahre der NS-Herrschaft erwies sich als problematisch, da immer wieder die Frage nach Kontinuitäten über die politischen Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg auftauchte. Auch hätten die Schnittflächen zwischen Gesellschaft und Politik, zwischen inner- und außeruniversitärer Forschung sowie Aspekte des Wissen(schaft)stransfers und internationalen Vergleichs intensiver untersucht werden sollen, um die Berliner Universität nicht als quasi autonomen Solitär erscheinen zu lassen.

## **6) Ringvorlesung und Publikation „Die Berliner Universität unter dem Nationalsozialismus“**

Die im Sommersemester 2003 begonnene dreisemestrige Ringvorlesung fand mit insgesamt 27 Veranstaltungen und fast 50 Referenten ein erfreuliches Publikumsinteresses und wurde auch durch den Humboldt-Preis (Erna-Weber-Preis) 2003 geehrt. Das Preisgeld kam der Fortführung der Vorlesungsreihe und der Vorbereitung des Abschluss Symposiums zugute. Dank der engagierten Mitarbeit aller Beteiligten und des großen Entgegenkommens des Franz Steiner-Verlags Stuttgart wurden die Beiträge der Ringvorlesung nicht nur bereits sieben Monate nach dem letzten Vortrag, sondern auch zu einem bemerkenswert günstigen Preis publiziert. Dadurch konnten die Ergebnisse der Ringvorlesung trotz mancher Probleme und Unzulänglichkeiten, die sich aus diesem engen Terminplan ergeben hatten, rasch zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion gestellt werden. Weitere Einzelheiten können der Ihnen vorliegenden Publikation „Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. 1 und 2, hrsg. von Christoph Jahr bzw. Rüdiger vom Bruch. Stuttgart 2005“, entnommen werden.

Festzuhalten bleibt, dass es nicht gelungen ist, alle Fakultäten und erst Recht nicht alle wichtigen Disziplinen in das Projekt mit einzubeziehen. So fehlen etwa die Juristische Fakultät (in der Publikation) und die Physik, aber auch weitere Natur- und Geisteswissenschaften oder die Mathematik vollständig. Hier wären insbesondere von den bisher in der Publikation nicht untersuchten Bereichen in nächster Zeit intensive Aktivitäten zu erhoffen, sei es, dass inzwischen vorliegende Forschungsergebnisse nachholend wenigstens in der Fakultätsöffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden, sei es, dass entsprechende Forschungsvorhaben von dort angeregt und gefördert werden.

Defizite in der Forschung machen zwar entsprechende weitere Anstrengungen erforderlich. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass unter Hinweis auf einen in Teilen noch mangelhaften Kenntnisstand die notwendigen Arbeiten zur Umsetzung eines Gedenkens an die Opfer und zur Erinnerung weiter aufgeschoben werden.

## **7) Anatomische Lehrsammlung**

Ein Einzelvorgang wurde im Beschluss des Akademischen Senats neben dem „Generalplan Ost“ allerdings in ungenauer und damit fälschlicher Weise besonders erwähnt. Deshalb sei auf ihn hier kurz eingegangen: Es ist dort unter I. von der „Nutzung der NS-Justiz beim Neuaufbau der anatomischen Lehrobjektesammlung“ und unter III. „von einer „Genese der anatomischen Lehrsammlung“ die Rede, als ob es sich hier um ein bestehendes Skandalon zum Zeitpunkt des Beschlusses handele. Die genaue Herkunft dieser Formulierungen im Beschlusstext konnte nicht mehr geklärt werden. Festzuhalten bleibt, dass aus der Lehrsammlung der Anatomie spätestens zu Beginn der neunziger Jahre alle möglicherweise aus der NS-Zeit stammenden Objekte entfernt worden waren. Vermutlich waren die Verfasser des Textes aber auch einer missverständlichen Interpretation ihnen nur zum Teil bekannter Vorgänge in der Anatomie während des Nationalsozialismus gefolgt: In der Anatomie waren

Untersuchungen an Organen Hingerichteter durchgeführt worden, wie dies in Anatomischen Instituten vor und nach der NS-Zeit, in und außerhalb des deutschen Einflussbereiches üblich war. Die besonders hohe Zahl und die Art der Hinrichtungsoffer justizförmiger NS-Mordaktionen hatten die Forschungsbedingungen der Anatomen aber „verbessert“ – ein Beispiel für fragwürdiges Verhalten von Wissenschaftlern, die hier partizipiert haben. Vgl. dazu den Beitrag über Hermann Stieve in Bd. 2 der Publikation.

### **8) Symposium „Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken“.**

Um die Sachkompetenz der Arbeitsgruppe zu erhöhen und die Erfahrungen im Umgang mit Erinnerung und Gedenken in anderen gesellschaftlichen Feldern einfließen zu lassen, hatte die Arbeitsgruppe für den 28. und 29. Januar 2005 zu einem Symposium geladen.

Folgende geladene Sachverständige haben neben den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und weiteren Interessierten teil genommen:

Dr. Nicolas Berg, Simon-Dubnow-Institut Leipzig

Matthias Burchardt

Arnold Dreyblatt, Künstler

Prof. Dr. Joachim Dudenhausen

Prof. Dr. Stephanie Endlich, UdK Berlin

Ruth Federspiel, Berlin

Dr. Bettina Goldberg, Institut für Geschichte der Universität Flensburg

Prof. Dr. Michael Grüttner, Technische Universität Berlin

Jochen Guckes, Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Dr. Norbert Haase, Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dresden

Prof. Dr. Notker Hammerstein, Historisches Seminar Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt

Dr. Oliver Hemmerle, Mannheim

Prof. Dr. Ekkehard Höxtermann, Berlin

Prof. Dr. Konrad Jarausch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Jürgen John, Historisches Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Katharina Kaiser, Leiterin des Kunstantes Tempelhof-Schöneberg

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba, Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität Berlin

Sven Kinas, Berlin

Veronika Lipphardt, Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Steffen Lippitz, Freiburg

Doz. Dr. Hartmut Ludwig, Theologische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin

Dr. Karl-Heinz Noack, Berlin

PD Dr. Willi Oberkrome, Historisches Seminar der Universität Freiburg

Stefan Reichardt, Student der Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Dr. Dirk Rupnow, Wien

Dr. Christian Saehrendt, Berlin

Dr. Sabine Schleiermacher, ZHGB Institut für Geschichte der Medizin Berlin

Kerstin Schnitzler, Studentin der Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Dr. Leonore Scholze-Irrlitz, Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Peter Steinbach, Institut für Geschichte der Universität Karlsruhe

Jan Sternberg, Märkische Allgemeine Zeitung

Dr. des Jens Thiel, Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Dr. Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin

Prof. Dr. Bernd Weisbrod, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen

Prof. Dr. Harald Welzer, Universität Witten/Herdecke

Tom Werner, Student der Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Dr. Rolf Winau, ZHGB Institut für Geschichte der Medizin Berlin

Prof. Dr. Moshe Zimmermann, Koebner Center for German History, Hebrew University Jerusalem  
Zur öffentlichen Wahrnehmung des Symposiums verweisen wir auf den Pressespiegel in der beigefügten „Dokumentation“.

### **9) Warum überhaupt noch Gedenken und Erinnern?**

Der Arbeitsgruppe ist nicht verborgen geblieben, dass auch innerhalb der Universität häufig gefragt wird, ob bei der jedenfalls derzeit allgemeinen Präsenz des Themas „Nationalsozialismus“ in der Öffentlichkeit eine besondere Beschäftigung der Universität damit „auch noch“ notwendig sei. Diese Auffassung könnte u. U. auch dadurch eine scheinbare Stütze finden, dass „Opfer der Wissenschaft“ in aller Regel Teile größerer Opfergruppen sind, deren bereits an anderer Stelle gedacht wird. Bekannte Gegner des Nationalsozialismus und Widerstandskämpfer waren in der Regel nicht aufgrund ihrer Stellung an der Universität zu Regimegegnern geworden. Ihr Widerstand speiste sich meist aus anderen Quellen als der Wissenschaft.

Dem ist entgegenzuhalten, dass neuere Forschungen zunehmend zu Ergebnissen kommen, nach denen nicht strikt zwischen „guter“ Wissenschaft, die sich nicht in den Dienst politischer Ziele nehmen ließ, und „schlechter“ Wissenschaft, die zum Handlanger von Verfolgungs- und Vernichtungsaktionen wurde, unterschieden werden kann. Die Humboldtsche Vorstellung, dass Wissenschaft aus sich heraus auch zu ethisch hochstehendem Handeln führe, muss insbesondere angesichts der Mitwirkung vieler Wissenschaftler an der Umsetzung der menschenverachtenden Ziele des Nationalsozialismus mehr und mehr infrage gestellt werden.

Dementsprechend wären mit den Mitteln der Wissenschaft Foren für eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Frage „Wissenschaft, Verantwortung und Ethik“ zu schaffen, die diese ernüchternden Erfahrungen aus der NS-Zeit berücksichtigen. Nur wenn die Fragen der „Verstrickung“ in die NS-Taten und die un-/bewusste Indienststellung der Wissenschaft in die Vernichtungsmaßnahmen auf die allgemeine Ebene wissenschaftlicher Selbstreflexion gehoben werden, könnten auch in einer Universität angemessene, neue Gedenk- und Erinnerungsformen entstehen, die für wissenschaftliches Denken und Handeln auch in Zukunft von Bedeutung sind.

Aus dem Bildungsauftrag der Universität folgt darüber hinaus, dass im Zusammenhang mit dem Aufkommen eines neuen Rassismus und eines sich wieder verstärkenden Antisemitismus die besondere Verantwortung und der Bildungsauftrag der Universität bei ihrer Bekämpfung gegenüber zukünftigen Generationen deutlicher sichtbar werden sollte als bisher.

### **10) Vorschläge für das Gedenken und den Umgang mit der Erinnerung sind in den folgenden Teilen 2 und 3 zusammengefasst.**

## Abschließender Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe

### “Die Berliner Universität unter dem Hakenkreuz”

#### Teil 2: Vorschläge zur Bearbeitung durch eine Arbeitsgruppe nach einem neuen Auftrag des Akademischen Senats/des Präsidenten

In diesem Teil des Berichts sind Vorschläge bzw. Ziele dargestellt, die bei angemessener Mittelbereitstellung fachlich von einer Arbeitsgruppe bzw. im Einzelfall evtl. heranzuziehenden Sachverständigen bearbeitet werden können, ohne dass diese der weiteren Zustimmung anderer Entscheidungsebenen als der zentralen Universitätsgremien bedürften.

- 1) Die Gesamtproblematik eines permanenten Gedenkens und Erinnerns sowie des Aufzeigens eines Zusammenhangs von Wissenschaft und ethisch verantwortungsvollem Handeln in Vergangenheit und Gegenwart bedarf noch hoher und, auch innerhalb der Hochschule, erst noch zu fördernder Aufmerksamkeit. Hier könnte die Humboldt-Universität zu Berlin mit der Durchführung einer eigenen, fachübergreifenden **Forschungskonferenz**, die sich speziell diesem Problemzusammenhang widmet, neue Akzente für eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus setzen. Zwar sind zahlreiche deutsche Universitäten mit der Vorlage von teilweise hervorragenden Publikationen zu ihrer eigenen Geschichte während der NS-Herrschaft erheblich weiter als die HUB; die Fragen jedoch, wo die Grenzen für die Wissenschaft liegen, wo wissenschaftliches Handeln zum Schutz vor Eingriffen in die individuelle Menschenwürde und Menschenrechte ihre Schranken finden muss, sind bislang nicht ausreichend bearbeitet worden. Die Problematik der Ethisierung ethisch-normativer Voraussetzungen von Wissenschaft in der Gesellschaft ist dementsprechend eine der Universität angemessene Form des Umgangs mit ihrer eigenen Geschichte.  
Die Ausrichtung einer Forschungskonferenz an der HUB zur Frage, wie in dauerhafter Form der Zusammenhang von Wissenschaft und Verantwortlichkeit bewusst gemacht und bewusst bleiben kann, sollte die Diskussion dieser grundlegenden Auseinandersetzung vertiefen.
- 2) Einer Arbeitsgruppe könnte der Auftrag erteilt werden, für **Fakultäten und Fachdisziplinen**, für die noch kaum oder gar keine Kenntnisse über ihre Tätigkeit im Nationalsozialismus vorliegen, auf das Vorgehen an anderen Orten (andere Institute/Fächer bzw. andere Hochschulen) zu verweisen und **Hilfestellungen** zu einer ggf. anzustrebenden Zusammenarbeit mit den Geschichtswissenschaften zu geben. Es ist hierbei darauf hinzuweisen, dass die 2005 publizierten Beiträge der dreisemestrigen Ringvorlesung nur einen ersten Anfang darstellen und eine Reihe von Aspekten aussparen mussten. Eine Erweiterung des Wissensstandes verfolgt dabei das Ziel, in allen Studienfächern den Lehrenden wie den Studierenden den in Punkt 1) skizzierten Sachzusammenhang zwischen Wissenschaft und Verantwortung in historischer Perspektive näher zu bringen, als dies heute in den Curricula vieler Fächer der Fall ist.  
Ist die Humboldt-Universität zu Berlin an einer Identitätsbildung nach innen interessiert, dann muss die Auseinandersetzung mit der Universitäts- und Fachgeschichte in den Bereichen initiiert bzw. verstärkt werden, in denen sie bislang nicht oder nur in geringem Maße Teil der Lehre war (z. B. Naturwissenschaften, Jura u. a.).



- 3) Einzelne Aufgaben aus dem Katalog des Teils 3 (siehe unten) könnten ebenfalls bei Bedarf an eine entsprechende Arbeitsgruppe herangetragen werden. Zu erwägen wäre dies beispielsweise bei den Punkten 3) **Erarbeitung eines Gedenkbuches**, 4) **Benennung von Hörsälen**, 5) **Entwurf einer Broschüre für Studierende und Besucher** und 6) **Umgestaltung der Rektorengalerie**.
- 4) Gedenken und Erinnerung sowie die Reflexion über die Verantwortung von Wissenschaft finden ihren Rückbezug nicht allein auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Dies ist unter Hinweis auf die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin zwischen 1945 und 1990 evident, besonders mit Blick auf ihre zentrale Lage in der "Hauptstadt der DDR". Die bereits unter 3. genannte, ggf. einzuberufende Arbeitsgruppe könnte daher auch prüfen, inwieweit sich die bisherige **Arbeit auch zum Zeitraum nach 1945 fortsetzen** ließe. Denkbar und sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang etwa die Durchführung einer Ringvorlesung (u. U. mit Herausgabe der Beiträge in einem Sammelband), die sich mit der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in der DDR befassen und dabei v. a. fachliche und personelle Kontinuitätsaspekte nach 1945 sowie den Konnex zwischen Politik und Wissenschaft in den Mittelpunkt stellen könnte.

**Abschließender Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe  
„Die Berliner Universität unter dem Hakenkreuz“**

**Teil 3: Vorschläge zur Bearbeitung durch**

- **die einzelnen Fakultäten, deren wissenschaftliche Disziplinen und Angehörige,**
- **die Universitätsleitung selbst (Pressestelle, Vizepräsident ...), evtl. gemeinsam mit außeruniversitären Persönlichkeiten und Einrichtungen.**

Die folgenden Vorschläge sind über den Teil 2 des Berichts hinaus gehende, zusätzliche Ergebnisse aus der Diskussion auf dem von der Arbeitsgruppe veranstalteten Symposium „Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken“ am 28. und 29. Januar 2005 (s. Teil I. 8) sowie aus der Arbeit der Arbeitsgruppe selbst.

Hier sind Ergebnisse dargestellt, die von der Universitätsleitung selbständig umgesetzt werden sollten.

Die Arbeitsgruppe macht zusätzlich zum Teil 2 auch diese Vorschläge, da sie der Auffassung ist, dass für die Universität dringender Handlungsbedarf besteht. Formen des Gedenkens und der Erinnerung müssten bereits sobald als möglich, in jedem Fall vor den Veranstaltungen zur 200-Jahrfeier, bzw. 300-Jahrfeier der Charité, gefunden und umgesetzt sein.

- 1) Als erstrebenswert wurde die Einrichtung eines **Universitätsmuseums** angesehen, wie es bereits in Freiburg i. Br. besteht. In ihm könnten wichtige Entwicklungsetappen in der Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität und der Humboldt-Universität anschaulich gezeigt und sinnlich-konkret dargestellt werden. Zugleich könnte dieses Museum ein Ort des Erinnerns und Gedenkens sowie lebendiger geistiger Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sein, indem dort Sonderausstellungen, Vortragstätigkeit, Filmvorführungen, Begegnungen usw. stattfänden.  
Im Zusammenhang mit den architektonischen und baulichen Planungen für ein neues Gebäude der Universitätsbibliothek wurde angeregt, darüber nachzudenken, ob nicht in dieses Bauwerk ein solcher Erinnerungs- und Gedenkort integriert werden könnte. Noch öffentlichkeitswirksamer wäre allerdings ein Museumsstandort im Hauptgebäude.  
Im Medizinhistorischen Museum der Charité könnte ein eigener Raum die besondere Teilhabe medizinischer Wissenschaft an Verfolgungs-, Verstümmelungs- und Vernichtungsmaßnahmen dokumentieren.
- 2) Ausgehend von der Bedeutung symbolischer Orte zum Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur wurde vorgeschlagen, den **Entwurf eines oder mehrerer Denkmäler** auszuschreiben, wobei als mögliche Standorte das Hauptgebäude, aber auch das Universitätsgelände in Adlershof und der Campus Nord in Betracht zu ziehen wären. In Hinsicht auf den Standort des Hauptgebäudes wurde angeregt, eine symbolische Verbindung zum Denkmal der Bücherverbrennung auf der gegenüber liegenden Straßenseite herzustellen. Grundsätzlich sollte einem solchen Vorhaben eine differenzierte und wissenschaftlich abgesicherte Beschreibung der unterschiedlichen Opfer-Gruppen im Bezug auf systembedingte Verfolgungen und institutionelle Trägerschaften von Verfolgungsmaßnahmen vorausgehen.  
In der Medizin sollte ein eigener Gedenkort für die Opfer medizinischer Verbrechen geschaffen werden.  
Das Denkmal sollte keine fertige Deutung des Geschehenen geben sondern den Betrachter zu eigener Reflexion und Auseinandersetzung mit der Thematik einladen.

- 3) Auf Grund der Tatsache, dass an der FWU im Zusammenhang mit dem berüchtigten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933 und danach eine verhältnismäßig sehr hohe Zahl von Universitätsangehörigen zwangsweise aus dem Dienst entlassen bzw. relegiert wurde, ist dringend zu empfehlen, an diese Gruppe von Opfern des NS-Regimes in Form von **Gedenktafeln und eines Gedenkbuches**, in dem möglichst die Namen aller Betroffenen aufgeführt sind, zu erinnern.
- 4) Als weitere Formen des Gedenkens an die Opfer und Gegner der NS-Herrschaft wurde die **Benennung von Gebäuden und Hörsälen** sowie **von Preisen und Stipendien** vorgeschlagen. Im Falle von Preisen und Stipendien sollte es sich um die Würdigung bzw. Initiierung von wissenschaftlichen Leistungen handeln, bei denen die wissenschaftsgeschichtliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Zentrum steht.
- ?Die Einrichtung eines Stipendienpools zur Vergabe an Nachwuchswissenschaftler, da Forschung in diesem Bereich fehlt.
- ?Die Einrichtung von Wettbewerben für Arbeiten zum Thema.

Im Zusammenhang mit dem vorab genannten Vorschlag wurde angeregt, ein Gebäude der HU nach dem **Pharmakologen Otto Kray** zu benennen, der als Angehöriger der FWU 1933 das Angebot, einen Lehrstuhl in Düsseldorf zu besetzen, mit der Begründung ablehnte, dass diese Professur wegen der Entlassung eines „nicht-arischen“ Kollegen freigeworden war. Der Fall Otto Kray ist im Rahmen universitäts- und wissenschaftshistorischer Forschungen noch kaum bekannt. Es ist zu hoffen, dass zukünftige Forschung weitere Personen mit vergleichbarer Haltung wird nennen können.

- 5) Als wünschenswert wurde die **Erarbeitung von Broschüren** (mit einem Umfang von ca. 50 Seiten) für die Zielgruppe der Universitätsangehörigen und Berlin-Besucher erachtet, in denen über den universitären Alltag und den Missbrauch der Wissenschaft im NS sowie über Gegner und Opfer der nationalsozialistischen Politik und Ideologie an der Universität informiert wird und die zur geistigen Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen herausfordern. Im Hinblick auf das Erinnern an den universitären Alltag im NS wurde vorgeschlagen, exemplarische Lebensläufe im Sinne typologischer Wissenschaftlerbiografien zu erarbeiten. Diese Broschüren sollten auch allen Neuimmatrikulierten überreicht werden.
- Angeregt wurde fernerhin, in den Vorlesungsverzeichnissen der Institute alternierend Kurzbiografien von Opfern abzdrukken.
- 6) Die im Hauptgebäude ausgestellten **Porträts der Rektoren der HU** sollten mit neuen erläuternden Texten versehen werden, in denen auch auf deren wissenschaftliche Laufbahn während der NS-Zeit eingegangen wird. Entsprechendes könnte u. U. mit **in den Fakultäten und Instituten vorhandenen Porträtgalerien** etc. geschehen.
- 7) Im Sinne der Nutzung moderner Medien und Kommunikationsmittel in Gestalt interaktiver Internetdatenbanken, digitaler Archive usw. wurde empfohlen, **spezifische Webseiten** einzurichten, die an einem eigenständigen Dauer-Arbeitsbereich erarbeitet werden und deren Aktualisierung gesichert ist.
- ?Übernahme, Ausbau und regelmäßige Pflege der **bisherigen AG-Webseite** zum Auffüllen, Ergänzen, Verändern der dort bisher gesammelten Informationen.
- ?Auch für die **UB und die Fachbibliotheken** wäre zu erwägen, ob spezifische Handapparate, die allerdings regelmäßig gepflegt werden müssten, für Interessierte einen erleichterten Zugriff auf Literatur nahe legen würden.

?Durch eine **erweiterte** öffentliche **Präsentation des Universitätsarchivs** sollte der Zugang zu den diesbezüglichen Archivalien mithilfe entsprechend ausführlicher Hinweise erleichtert werden.

- 8) Die Institute aller Fakultäten sollten aufgefordert werden, die Chance der Modularisierung der Studiengänge im BA und MA zu nutzen, Pflicht- bzw. **Wahlpflichtmodule zur Geschichte** der jeweiligen Disziplin im Sinne wissenschaftsgeschichtlicher Selbstreflexion in den Studiengängen zu verankern. In diesen Lehrveranstaltungen sollte die Zeit zwischen 1933 und 1945 einen besonderen Schwerpunkt bilden und das Problemfeld „Ethik des wissenschaftlichen Arbeitens“ integraler Bestandteil sein.
- 9) Zur Unterstützung einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit Fragen zur Ethik und Verantwortung wissenschaftlichen Forschens und Handelns, auch in der zeitgenössischen Wissenschaftspraxis, soll pro Semester ein diesem Problemkomplex gewidmeter **Gastvortrag** institutionalisiert werden. Dieser könnte z.B. im Zusammenhang mit der Immatrikulationsfeier oder im Rahmen eines festen Gedenktages (Vorschlag: 10. Mai) erfolgen.
- 10) **Übersetzung der Erklärungen** der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät und des Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin aus Anlass des 60. Jahrestages der Überreichung einer ersten Fassung des Generalplans Ost vom 28. Mai 2002 ins Russische und Polnische und Veröffentlichung auf der Homepage der Universität. Grundsätzlich gilt für alle Vorschläge, dass Texte nicht nur in deutscher Sprache, sondern auch in der Sprache der Opfergruppen zugänglich gemacht werden.

Alle hier gemachten Vorschläge sind nicht alternativ zu sehen, sondern es sollten verschiedene Elemente umgesetzt werden, die unterschiedliche Personengruppen ansprechen und sich der Thematik auf differenzierten Ebenen nähern.

Die Entwicklung und Umsetzung der Formen für Erinnerung und Gedenken sollte gemeinsam mit anderen, gerade in Berlin in besonderem Maße vorhandenen, spezifisch erfahrenen Einrichtungen geschehen (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Haus der Wannseekonferenz, Topographie des Terrors, Gedenkstätte Plötzensee u.a.).

Um die Koordination der Vorschläge zu ermöglichen und eine weitere kontinuierliche Aufarbeitung der Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus sicherzustellen, empfehlen wir die Einrichtung eines eigenen Dauer-Arbeitsbereiches, möglichst angesiedelt am Präsidialamt, evtl. sonst am Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte des Instituts für Geschichtswissenschaften.